

Richtlinie des Landes Salzburg für die Gewährung einer finanziellen Beihilfe zur Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen natürlicher und juristischer Personen mit Ausnahme von Gebietskörperschaften - Unternehmen

20011-RU/2023/334-2023



Stand Jänner 2024

Amt der Salzburger Landesregierung
Abteilung 4, Lebensgrundlagen und Energie
Katastrophenfonds
Bundesstraße 6
5071 Wals-Siezenheim

Rechtliche Grundlage:

Die Verwendung von Mitteln aus dem Katastrophenfonds ist nach den Bestimmungen gem. Artikel 50 der Verordnung (EU) 651/2014 der Kommission und des Katastrophenfondsgesetzes, BGBl.Nr. 201/1996 i.d.g.F., zur Deckung außerordentlicher Erfordernisse, die einem Land durch finanzielle Hilfe zur Beseitigung außergewöhnlicher Schäden im Vermögen natürlicher und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften entstehen, beschränkt.

1. Ziele der Gewährung einer Beihilfe

Ziele sind die finanzielle Unterstützung von natürlichen und juristischen Personen, mit Ausnahme der Gebietskörperschaften für die Behebung von unvorhersehbaren und unabwendbaren Elementarschäden nach Naturkatastrophen sowie die Herstellung des ursprünglichen Zustandes vor dem Elementarereignis. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Beihilfe.

2. Beihilfengegenstand

Die Beihilfe dient zur Beseitigung von Schäden infolge außerordentlicher Ereignisse natürlichen Ursprungs, wie Erdbeben, Lawinen, Erdbeben (z.B. Bergsturz und Vermurung), Überschwemmungen/Hochwasser, Orkanen, Hagel und Schneedruck. Die Beihilfen dienen zur Deckung, der im Artikel 50 der Verordnung (EU) 651/2014 der Kommission angegebenen Kosten.

3. Beihilfenwerber

Beihilfenwerber sind in ihrem Vermögen geschädigte Einpersonenunternehmen EPU, kleine oder mittlere Unternehmen (KMU, gemäß der Definition der Europäischen Kommission für KMU) wie z.B. Einzelunternehmen, Gewerbebetriebe, Dienstleister, Verbände, usw. mit Ausnahme der Gebietskörperschaften.

Beträgt der Anteil von Gebietskörperschaften an weiteren juristischen Personen (zB Genossenschaften, usw.) mehr als 50 %, dann ist dieser Anteil von der Schadenssumme abzuziehen. Beteiligungen von Gemeinden sind als sonstige juristische Person anzuerkennen und ihre Schäden sind wie Schäden im Vermögen Privater zu behandeln.

4. Art und Ausmaß der Beihilfe

Die Beihilfe wird nach Schadensschätzung und Bewertung auf Vorschlag einer Kommission von der Landesregierung genehmigt. Die Höhe des Beihilfensatzes beträgt im Allgemeinen 30 % des anerkannten Schadens. Für spezielle Schäden sind in dieser Richtlinie eigene Beihilfensätze festgelegt.

Bei Schäden mit geringer materieller Belastung kann es zu einer Unterschreitung der Beihilfensätze kommen. Die höchstzulässige Beihilfe, die nur in Härtefällen gewährt werden kann, beträgt € 500.000.

Für darüberhinausgehende Beihilfen bedarf es einer Einzelgenehmigung der Katastrophenfondskommission.

4.1 Beihilfensätze für bilanzführende Unternehmen und Einzelunternehmen - Härtefallregelung in Abhängigkeit der Wirtschaftskraft bzw. der Einkünfte eines Unternehmens und der Schadenshöhe

Grundsätzlich werden Unternehmen, die eine sehr gute bis mittlere Wirtschaftsleistung vorweisen gemäß Tabelle 1 unterstützt. Die Vorlage von allgemein gültigen und bekannten Betriebskennzahlen ist nicht notwendig. Ist die Wirtschaftsleistung des Unternehmens „schlecht“ oder ist das Unternehmen als „insolvenzgefährdet“ eingestuft, dann kann das Unternehmen die Härtefallregelung beantragen. Die Eigenvorsorge in Form von Versicherungen, gerade in den niedrigeren Schadenshöhen, ist durch die Unternehmen verstärkt selbst durchzuführen und in den meisten Fällen auch möglich.

Tabelle 1: Beihilfensätze für Unternehmen (bilanzführend und Einzelunternehmen)

Vorlage von Betriebskennzahlen ist nicht notwendig!		
Schadenshöhe	Beihilfensatz	Mindestselbstbehalt
1.500 bis 14.000	30%	
14.001 - 21.000	40%	9.800
21.001 - 40.000	50%	12.600
40.001-100.000	60%	20.000
100.001 -	80%	40.000

Bei Unterversicherung reduziert sich der Prozentsatz um bis zu 20%.

4.1.1 Härtefallregelung für bilanzführende Unternehmen:

Zur Bemessung der Beihilfenprozentsätze werden die Betriebskennzahlen „Eigenkapitalquote“ und „CASHFLOW in % der Betriebsleistung“ herangezogen. Die Wirtschaftsleistung eines Unternehmens wird nach untenstehenden und allgemein anerkannten Einstufungstabelle durchgeführt. Die Kennzahlen sind vom Steuerberater des Unternehmens vorzulegen und betreffen die Bilanz der letzten beiden Jahre (das arithmetische Mittel wird für die Berechnung herangezogen) des Unternehmens. Beide Kennzahlen müssen erfüllt sein.

Härtefallregelung (Vorlage von Betriebskennzahlen ist zwingend notwendig!)		
Betriebsleistung	Schlecht	Insolvenzgefährdet
Eigenkapitalquote (%)	< 10	negativ
CASHFLOW in % der Betriebsleistung (%)	< 5	negativ
Schadenshöhe		
1.500 bis 14.000	50%	90%
14.001 - 21.000	60%	90%
21.001 - 40.000	70%	90%
40.001-	80%	90%

Eigenkapitalquote (errechnet nach KFS/BW3 oder vergleichbarer Methode)

(Bereinigtes Eigenkapital * 100) / Gesamtkapital

CASHFLOW in % der Betriebsleistung (errechnet nach KFS/BW2 oder vergleichbarer Methode) (CASHFLOW*100) / Betriebsleistung.

4.1.2 Härtefallregelung für Einzelpersonenunternehmen:

Zur Bemessung der Beihilfenprozentsätze werden die Einkünfte des nicht bilanzführenden Einzelunternehmens herangezogen. Die Beihilfe wird aus der Schadenshöhe in Relation zu den Einkünften der letzten beiden Jahre (das arithmetische Mittel wird für die Berechnung herangezogen) eines Unternehmens ermittelt. Die Einkünfte sind mittels Einkommensteuerbescheiden vorzulegen.

Einkünfte des betroffenen EPU	über € 100.000	€ 100.000	€ 50.000	€ 25.000	€ 10.000	Insolvenzgefahr
Schadensklassen	max. Beihilfenprozentsatz					
Schadenshöhe €						
1.500 bis 14.000				35%	50%	individuell
14.001 - 21.000				45%	75%	individuell
21.001 - 40.000				60%	80%	individuell
40.00 - 100.000			70%	80%	90%	individuell
100.001-	individuell	individuell	individuell	individuell	individuell	

Um die Selbstbehalte der Geschädigten bei den Sprüngen (Schadenshöhen) auszugleichen, ist der höchste Selbstbehalt der vorangegangenen Schadensklasse zu verwenden (so wie in Tabelle 1 dargestellt).

Bei sehr hohen Schäden und in Relation dazu sehr niedrigem Einkommen, also bei jenen Fällen bei denen eine Insolvenzgefahr besteht, muss eine individuelle Schadensabwicklung erfolgen.

4.1.3 Beihilfensatz bei Schäden an Wegen und Brücken

Bei Schäden an Wegen und Brücken beträgt der Beihilfensatz bei einer Schadenshöhe von

- € 1.500 bis € 7.000 40 %
- € 7.001 bis € 14.000 50 % - (Eigenanteil mind. € 4.200)
- € 14.001 bis € 21.000 60 % - (Eigenanteil mind. € 7.000)
- € 21.001 und darüber 80 % - (Eigenanteil mind. € 8.400).

Bei Schäden an Wanderwegen und an diesen Wanderwegen gelegenen Brücken beträgt der Beihilfensatz generell 40 %.

Bei Schäden an Wegen und Brücken ist jener Aufwand zu berechnen, der notwendig ist, um den Schaden bzw. den Schadensbereich in einem solchen Ausmaß zu sanieren, dass bei künftigen Katastrophen eine Gefährdung oder Beschädigung nach fachtechnischer Voraussicht soweit als möglich ausgeschaltet erscheint.

4.1.3 Beihilfensatz nach Maschineneinsätzen

Bei Schäden, zu deren Behebung ein Fremdmaschineneinsatz erforderlich war, beträgt der Beihilfensatz bis zu 80 % der nachgewiesenen Kosten.

4.1.4 Anrechnung von Eigenleistungen

Eigenleistungen (Arbeits- und Eigenmaschinenleistung) können mit Ausnahme in Härtefällen oder bei Zweckmäßigkeit (Baggerunternehmen setzt eigene Maschinen zur Wiederherstellung ein) bis zu einer Gesamthöhe von max. € 100.000 anerkannt werden.

Für die Abrechnung sind in erster Linie Standardrichtsätze des Landes Salzburg bzw. des Österr. Kuratoriums für Landtechnik und Landentwicklung (ÖKL) zugrunde zu legen.

Die Arbeitsleistung kann mit maximal 10 Stunden pro Person und Tag anerkannt werden.

4.1.4 Schäden an Wasserversorgungsanlagen

Bei Schäden an Wasserversorgungsanlagen von Wassergenossenschaften beträgt der Beihilfensatz 40% der Schadenssumme. Bei Wasserversorgungsanlagen, die nicht von Wassergenossenschaften betrieben werden beträgt der Beihilfensatz 60%.

5. Voraussetzungen zur Anerkennung der Beihilfe

Die Beihilfe dient als finanzieller Zuschuss zur Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen. Sie dient zur Wiederherstellung des ursprünglichen und rechtmäßigen Zustandes.

Gemäß Artikel 50 Verordnung (EU) 651/2014 erkennt die zuständige Behörde das Ereignis als Naturkatastrophe an.

5.1 Versicherung

Eine Beihilfe ist nur für den Teil des Schadens möglich, der nicht durch eine Versicherung gedeckt ist bzw. zumutbar gedeckt werden hätte können. Die Versicherungsleistung ist demnach vom Gesamtschaden in Abzug zu bringen. Der Geschädigte muss eine Bestätigung über die erhaltene Versicherungsleistung vorlegen.

Grundsätzlich sind zumutbar versicherbare Schäden nicht beihilfefähig. Jedenfalls wird für Schäden die zumutbar versicherbar gewesen wären bis zu einer Schadenssumme von € 30.000 keine Beihilfe gewährt (ausgenommen Härtefälle). Diese Annahme gilt jedoch nur für den gemeldeten Erstschaden.

Liegt bei einem Erstschaden die Versicherungssumme unter der Mindestversicherungssumme von € 30.000, dann ist die Beihilfe um bis zu 20 % zu verringern. Tritt ein ähnlicher versicherbarer Schaden erneut auf und ist dieser wieder nicht mit mehr als € 30.000 ausreichend versichert, dann kann der Antrag abgelehnt werden.

Ist der Abschluss einer Versicherung dem Geschädigten nicht zumutbar, so ist auch ein versicherbarer Schaden anzuerkennen. Die Zumutbarkeit eines allfälligen Versicherungsabschlusses wird von der Koordinierungsstelle festgestellt. Der Geschädigte muss eine allfällige Nichtversicherbarkeit des geschädigten Gutes auf Verlangen glaubhaft machen.

Die Beihilfe und sonstige Ausgleichszahlungen für die Schäden, einschließlich Versicherungsleistungen, dürfen zusammen 100 % der beihilfefähigen Kosten nicht überschreiten.

5.2 Geringfügigkeitsgrenzen

Der Schaden muss je Ereignis, nach Abzug der Versicherungsleistungen, mindestens € 1.500 betragen.

5.3 Nicht anerkennbare Schäden

Nicht anerkannt werden:

- Schäden, die nicht unmittelbar mit der Naturkatastrophe zusammenhängen (zB Baumangel, von Dritten verursachte Schäden etc.).
- Schäden von Unternehmen, die nicht kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) sind (gemäß der Definition der Europäischen Kommission für KMU).
- Umsatz- bzw. Einkommensausfälle.
- Für Kraftfahrzeuge wird keine Beihilfe gewährt.
- Behördlich nichtgenehmigte Maßnahmen können nicht gefördert werden.

6. Beihilfenabwicklungsstelle - Katastrophenfondskommission

Die Beihilfenabwicklung und die Bestimmungen zur Kommission sind in der Richtlinie für die Gewährung einer finanziellen Beihilfe zur Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen natürlicher und juristischer Personen mit Ausnahme von Gebietskörperschaften geregelt.

7. Antragstellung und Verfahren

7.1 Antragstellung

Ansuchen um Beihilfe sind über die Homepage des Katastrophenfonds, online bis spätestens sechs Monate nach Eintritt des Schadens bei der Koordinierungsstelle, möglichst vor Beginn der Sanierungsmaßnahmen, zu stellen.

Auf Antrag des Geschädigten kann diese Frist in begründeten Ausnahmefällen auf ein Jahr erstreckt werden. Begründete Ausnahmefälle sind zB Betriebsübergaben, Todesfälle in der Familie, jahreszeitlich bedingte Verschiebung, usw.

Dem Antrag sind zur ausreichenden Dokumentation der Schäden Fotos von der Schadensstelle vor der Schadensbehebung mit vertretbarem Aufwand anzuschließen (Schadensdokumentation). Erforderliche Geburtsdaten sowie die Bankverbindungsdaten (IBAN) sind im Antrag anzugeben.

Eine allfällige Vorsteuerabzugsmöglichkeit ist im Antrag anzugeben. Die Schadenshöhe ist nur bei natürlichen Personen, gemeinnützigen Genossenschaften, pauschalierten landwirtschaftlichen Betrieben und gemeinnützigen Vereinen inklusive der Umsatzsteuer zu berechnen. Skontobeträge werden in jedem Fall abgezogen.

Versicherungsleistungen, Spenden und sonstige Zuschüsse sind durch den Geschädigten bei der Antragstellung bzw. nach dessen Bekanntwerden bekanntzugeben.

Werden die erforderlichen Unterlagen trotz Aufforderung vom Geschädigten nicht oder nicht entsprechend vorgelegt, so ist das Ansuchen nicht weiter zu behandeln und abzulehnen.

Der Geschädigte stimmt mit der Antragstellung zu, den Organen des Landes Überprüfungen durch Einsicht in die betreffenden Bücher, Belege und Unterlagen und Besichtigungen der behobenen Schäden an Ort und Stelle zu gestatten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

An andere öffentliche Stellen zum gleichen Schadensfall gestellte Beihilfeansuchen sind bekannt zu geben.

7.1.1 Bestätigung der Angaben durch die Gemeinden

Die Gemeinden haben die Angaben des Geschädigten (Schadensdatum, Schadensort, Hauptwohnsitz/Nebenwohnsitz, sonstige baubehördliche Informationen) sowie die im Antragsformular angeführten Bestätigungen den Kompetenzbereich der Gemeinde betreffend, mit Ausnahme der Schadensschätzung, so weit möglich zu überprüfen und elektronisch zu bestätigen.

7.2 Schadensschätzung und Kontrolle

7.2.1 Schadensschätzung

Das geschädigte Unternehmen muss zur Schadensermittlung eine elektronisch verarbeitbare Schadensliste (vorzugsweise Excel Format), in der alle Zahlungen sowie Eigenleistungen tabellarisch angeführt sind, vorlegen. Rechnungen und Einzahlungsbelege sind in elektronischer Form versehen mit der laufenden Nummer aus der Schadensliste zu übermitteln.

Die Berechnung der Schäden erfolgt auf der Ebene des einzelnen Begünstigten. Der Sachschaden wird auf der Grundlage der Reparaturkosten oder des wirtschaftlichen Wertes des betroffenen Vermögenswerts vor der Naturkatastrophe berechnet.

Er darf nicht höher sein als die Reparaturkosten oder die durch die Katastrophe verursachte Minderung des Marktwerts, d. h. die Differenz zwischen dem Wert des Vermögenswerts unmittelbar vor der Naturkatastrophe und seinem Wert unmittelbar danach.

Die Schadensschätzung erfolgt durch die von der Koordinierungsstelle beauftragten Sachverständigen bzw. durch gerichtlich beeidete Sachverständige sowie Mitarbeiter

der Bezirksbauernkammern, wobei vorzugsweise Amtssachverständige heranzuziehen sind. Die Heranziehung von Pauschalsätzen zur Schadensfeststellung ist zulässig.

7.2.2 Kontrolle

Die Kontrolle von Schadensbehebungen erfolgt stichprobenartig durch bzw. im Auftrag der Koordinierungsstelle.

8. Allgemeine Bestimmungen inkl. Rückzahlung von Beihilfen

8.1 Beihilfenzusage

Über die Gewährung einer Beihilfe entscheidet die Salzburger Landesregierung auf Grund der Empfehlung der Kommission.

8.2 Beihilfenauszahlung und Abrechnung

Zur Auszahlung von Beihilfen kann die Vorlage einer Abrechnung verlangt werden. Zwischenabrechnungen sind möglich. Rechnungen und Einzahlungsnachweise sind vorzulegen und können auf Verlangen auch im Original angefordert werden.

Rechnungen sind binnen drei Jahren ab Schadenseintritt vom Geschädigten vorzulegen, ansonsten verfällt die Zusage. In berechtigten Ausnahmefällen kann eine Fristverlängerung beantragt und vom Kommissionsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter gewährt werden.

Die Auszahlung der Beihilfe betreffend Schäden an Wegen und Brücken kann über das Referat „Ländliche Verkehrsinfrastruktur“ erfolgen.

Die Auszahlung der Beihilfen erfolgt nach Beschluss der Salzburger Landesregierung. Gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 651/2014 sind die Beihilfe und die sonstigen Ausgleichszahlungen für Schäden, einschließlich Zahlungen aus Versicherungen auf 100 % der beihilfefähigen Kosten begrenzt.

8.3 Vorschusszahlung in Härtefällen

Der Vorsitzende der Kommission bzw. dessen Stellvertreter und der Leiter jener Abteilung, in der die Koordinierungsstelle des Katastrophenfonds im Amt der Salzburger Landesregierung angesiedelt ist können eine vorzeitige Auszahlung von Beihilfen nach formloser Antragstellung durch den Geschädigten verfügen.

Vor Auszahlung des Vorschusses ist ein privatrechtlicher Vertrag zwischen dem Land Salzburg und dem Geschädigten abzuschließen. Als Vorschuss können maximal 50 % des geschätzten Schadens anerkannt werden und bis zu einer Höhe von € 250.000 ausbezahlt werden. Die Vorschusszahlung ist im Wege der üblichen Abwicklung in der Kommission zu behandeln.

8.4. Widmungsfremde Verwendung - Rückzahlung

Zu Unrecht bezogene Beihilfen sind zurückzuzahlen, insbesondere bei widmungsfremder Verwendung der Beihilfe oder bei nicht erfolgter Schadensbehebung ist der

erhaltene Betrag ab Empfang mit einem Zinssatz von 6 % pro Jahr zurückzuzahlen. Bei Rückzahlung unter Jahresfrist kann die Zinsleistung entfallen. Die Beihilfe ist ebenfalls in vollem Umfang zurückzuzahlen, wenn Überprüfungen durch Organe des Landes verweigert oder behindert werden.

8.5 Verwendung von geschlechtsspezifischen Begriffen

Soweit in dieser Richtlinie Begriffe verwendet werden, kommt ihnen keine geschlechtsspezifische Bedeutung zu. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.

9. Datenschutzbestimmungen

9.1 Allgemeines zum Datenschutz

(1) Das Land Salzburg ist beim Förderungsansuchen als auch bei der Förderungsvereinbarung als haushaltsführende Stelle datenschutzrechtlicher Verantwortlicher oder als haushaltsführende Stelle mit der Abwicklungsstelle gemeinsamer Verantwortlicher gem Art 26 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

(2) Die zur Erledigung des Förderansuchens, zur Anbahnung und Abwicklung der Förderungsvereinbarung sowie zur Kontrolle erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten basiert auf vertraglicher Basis (Art 6 Abs. 1 lit b DSGVO), sofern nicht gesonderte gesetzliche Regelungen greifen.

(3) Die Aufbewahrungsdauer dieser Daten ergibt sich aus der Förderungsvereinbarung, aus speziellen gesetzlichen Bestimmungen bzw aus den jeweiligen Skartierungsvorschriften. Die Landesverwaltung Salzburgs hat gemäß § 3 Salzburger Archivgesetz, LGBl Nr 53/2008 idgF, alle Unterlagen, die sie nicht mehr ständig benötigt, nach Ablauf einer durch die Organisationsvorschriften (Skartierungsvorschriften) festgelegten Frist oder spätestens nach 30 Jahren dem Salzburger Landesarchiv zur Übernahme (Prüfung der Archivwürdigkeit) anzubieten (Maximalfristen).

(4) Nach den Art 15 ff DSGVO besteht grundsätzlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch sowie in bestimmten Fällen auf Datenübertragbarkeit. Für allfällige Beschwerden ist die Österreich. Datenschutzbehörde (Barichgasse 40-42, 1030 Wien) zuständig.

(5) Nähere Informationen zum Datenschutz sowie die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind finden sich in der Datenschutzerklärung des Landes Salzburg, abrufbar unter:

<https://www.salzburg.gv.at/presse/rechtliche-hinweise/datenschutz>.

9.2. Weitergabe von personenbezogenen Daten

(1) Die im Förderansuchen enthaltenen und bei dessen Erledigung, sowie der Abwicklung und Kontrolle der Förderung anfallenden und verarbeiteten personenbezogenen Daten können unter Berücksichtigung der Bestimmungen der DSGVO in der geltenden Fassung und unter Beachtung sonstiger einschlägiger gesetzlicher Regelungen an

- a. die zuständigen Organe des Bundes,
- b. den zuständigen Landesstellen,

c. Stellen, die im Rahmen der Förderabwicklung informierend und beratend als Auftragsverarbeiter der Förderstelle in Anspruch genommen werden,

d. den Rechnungshof für Prüfungszwecke,

e. den Landesrechnungshof Salzburg für Prüfungszwecke,

f. die Organe der EU für Kontrollzwecke,

g. das beim Bundeskanzleramt eingerichtete Kontaktkomitee für die Koordinierung der Finanzierungs- und Förderungseinrichtungen,

h. andere Förderungsstellen auf Anfrage, insoweit dies für deren Koordinationsaufgaben erforderlich ist, sowie an

i. Dritte zum Zwecke der Erstellung der notwendigen wirtschaftlichen Analysen und Berichte über die Auswirkung der Förderung - unter Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen übermittelt werden.

(2) Vor- und Familienname und fakultativ die Postleitzahl der Förderungsempfängerinnen und Förderungsempfänger bei natürlichen Personen bzw bei juristischen Personen die gesetzliche, satzungsgemäße oder firmenmäßige Bezeichnung des Transferempfängers und fakultativ die Postleitzahl des Ortes, an dem sich der Sitz der juristischen Person befindet, sowie Verwendungszweck, Art und Höhe der Förderung werden gem § 41 Allgemeines Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018), LGBL Nr 10/2018, ab einem Förderbetrag von 3.000 Euro im Transferbericht des Landes aufgenommen und im Internet veröffentlicht. Aus datenschutzrechtlicher Sicht beruht die Verarbeitung dieser Daten auf Art 6 Abs 1 lit c DSGVO. Eine personenbezogene Ausweisung unterbleibt jedoch, sofern deren Veröffentlichung, vor allem im Zusammenhang mit dem Zweck des Transfers, Rückschlüsse auf besondere Kategorien personenbezogener Daten gem Art 9 DSGVO (personenbezogene Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person) oder genauere Rückschlüsse auf konkrete soziale Verhältnisse bzw Einkommenshöhen von Förderungsempfängerinnen und Förderungsempfänger zulässt.

(3) Name und Adresse der Förderungsempfängerinnen und Förderungsempfänger sowie Branche, Art und Inhalt des Projektes, Gesamt- und förderbare Projektkosten, Art und Höhe der Förderung und die programmbezogenen Indikatoren können für etwaige Berichte im Rahmen des EU-Wettbewerbsrechts an die Wettbewerbsbehörde, bei EU-kofinanzierten Projekten eventuell auch an die im Zusammenhang mit der Begleitung der Zielprogramme bzw. der Gemeinschaftsinitiativen eingesetzten Begleitausschüsse und an die zuständigen EU-Finanzkontrollinstitutionen für EU-Strukturfondsmittel weitergegeben werden. Diese Weitergabe durch das Land Salzburg erfolgt dabei nur, wenn eine entsprechende Rechtsgrundlage vorliegt.

10. Transparenzdatenbank

(1) Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten in der Transparenzdatenbank sind das Bundesgesetz über die Transparenzdatenbank (Transparenzdatenbankgesetz 2012 - TDBG 2012), BGBl I Nr 99/2012 idGF) und die dazu ergangenen Verordnungen, insbesondere die Transparenzdatenbank-Leistungsangebotsverordnung, BGBl II, Nr 80/2018. Die Verarbeitung erfolgt zu den dort normierten Zwecken.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht beruht die Übermittlung als Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Art 6 Abs 1 lit f DSGVO. Die berechtigten Interessen an der Übermittlung der Daten an die Transparenzdatenbank des Bundes liegen in der Überprüfung des effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel.

(2) Die Daten werden in der Transparenzdatenbank dreißig Jahre gespeichert, um für Auswertungen und statistische Zwecke verfügbar zu sein. Für Abfragen durch die betroffene Person selbst, den datenschutzrechtlich Verantwortlichen sowie durch eine abfrageberechtigte Stelle stehen sie zehn Jahre zur Verfügung.

(3) Das Land Salzburg übermittelt die folgend angeführten personenbezogenen Daten von Förderempfängerinnen und Förderempfängern an die Bundesministerin bzw den Bundesminister für Finanzen als Verantwortliche bzw als Verantwortlichen der nach dem TDBG 2012 eingerichteten Transparenzdatenbank:

1. Wenn der Leistungsempfänger oder der Leistungsverpflichtete eine natürliche Person ist, 1.1. das verschlüsselte bereichsspezifische Personenkennzeichen (vbPK-ZP-TD) für die Verwendung in der Transparenzdatenbank sowie

1.2. das verschlüsselte bereichsspezifische Personenkennzeichen Amtliche Statistik (vbPK-AS);

2. Wenn der Leistungsempfänger oder der Leistungsverpflichtete keine natürliche Person ist

2.1. die Firma oder eine sonstige Bezeichnung des Leistungsempfängers oder des Leistungsverpflichteten und

2.2. die Stammzahl gemäß § 6 Abs 3 E-GovG oder einen Ordnungsbegriff, mit dem diese Stammzahl ermittelt werden kann;

3. die eindeutige Zuordnung der Leistung zu einem Leistungsangebot entsprechend der Transparenzdatenbank- Leistungsangebotsverordnung (BGBl II Nr 80/2018, idGF);

4. die Höhe der Aus- oder Rückzahlung einer Leistung im Sinne des § 4 Abs 1 Z 1 lit. a, c und d TDBG 2012 in Euro;

5. der Zeitpunkt oder der Zeitraum, für den die Leistung im Sinne des § 4 Abs 1 Z 1 lit a, c oder d TDBG 2012 ausgezahlt wird;

6. das Datum der Aus- oder Rückzahlung der Leistung im Sinne des § 4 Abs 1 Z 1 lit a, c oder d TDBG 2012;

7. die eindeutige Bezeichnung der Leistenden Stelle und

8. die Angabe, ob die Leistung in den Anwendungsbereich des EU-Beihilferechts im Sinne des Art. 107 und 108 AEUV fällt, wenn es sich dabei um eine „De-minimis“-Beihilfe handelt;

9. das Einkommen im Sinn des § 5 TDBG 2012.

(4) Es werden keine personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit Förderungen, die nicht im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung (zivilrechtliche Förderungsvereinbarung), sondern mit den Mitteln des öffentlichen Rechtes (Bescheid) gewährt werden und auch keine besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten im Sinne des Art 9 DSGVO übermittelt.

(5) Die personenbezogenen Daten der natürlichen Personen werden nicht mit Klarnamen, sondern ausschließlich durch Verwendung des bereichsspezifischen Personenkennzeichens übermittelt und in der Transparenzdatenbank verarbeitet.

(6) Die Daten werden in der Transparenzdatenbank gespeichert und können von abfrageberechtigten Stellen gemäß § 32 Abs 5 und 6 TDBG 2012 zur Überprüfung des Vorliegens der für die Gewährung, die Einstellung oder die Rückforderung einer Leistung erforderlichen Voraussetzungen (Überprüfungszweck) abgefragt werden. Eine Abfrage ist auch durch den datenschutzrechtlich Verantwortlichen der Transparenzdatenbank zur Beantwortung eines an ihn gerichteten Verlangens zur

Auskunftserteilung zulässig. Über erfolgte Abfragen kann sich jede betroffene Person nach vorheriger elektronischer Identifikation am Transparenzportal (transparenzportal.gv.at) informieren. Zur Auswertung für statistische, planerische und steuernde Zwecke (Steuerungszweck) können die Daten an die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ nach näherer Regelung in § 34 TDBG 2012 übermittelt werden. (7) Der Bundesminister für Finanzen ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher (im Folgenden: „Verantwortlicher“) für die Transparenzdatenbank und das Transparenzportal. Die gegenüber dem Verantwortlichen (BMF) der Transparenzdatenbank bestehenden Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung ergeben sich aus der DSGVO in Verbindung mit dem TDBG 2012.

Die diesbezügliche Information erfolgt unter www.transparenzportal.gv.at und unter www.bmf.gv.at. Weitere Informationen sind auf der Homepage des Transparenzportals abrufbar:

https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/menu_datenschutzerklaerung.

11. Wirksamkeit

Diese Richtlinie wurde mit Regierungsbeschluss vom 21.12.2023, Zahl 20011-RU/2023/334-2023 genehmigt. Sie ist für Schadensfälle ab 1.1.2024 anzuwenden.

Für die Landeregierung:

HR Ing. Mag. Dr. Franz Moser MBA